Verliert Borgfeld sein Ortsamt?

Senatskanzlei plant Verlegung nach Horn

Von Peter Hanuschke

Borgfeld. Durch Borgfeld-Ost und -West ist der Stadtteil enorm gewachsen. Zirka 8700 Einwohner leben dort. Doch der Stadtteil hat bald kein Ortsamt mehr – zumindest wäre es nach einem Gedankenspiel der Senatskanzlei künftig nicht mehr in Borgfeld, sondern mit in dem für das Ortsamt Horn geplanten Gebäude an der Ecke Kopernikusstraße/Lilienhaler Heerstraße untergebracht.

„Wir haben uns vergangene Woche diesbezüglich mit der offiziellen Anfrage der Senatskanzlei in nicht-öffentlicher Sitzung beschäftigt", sagte gestern Ortsamtsleiter Gernot Neumann-Mahlkau auf Nachfrage unserer Zeitung. Der Beirat lehne die Idee der Senatskanzlei geschlossen ab. Ein Abzug des Ortsamtes sei das falsche Signal an die Bürger – gerade auch vor der Novellierung des Beirätegesetzes und der von allen Seiten geforderten stärkeren Bürgernähe. Falls dadurch gespart werden soll, sei die Verlegung das falsche Ende.

„Borgfeld wächst und die Senatskanzlei will uns unser Ortsamt wegnehmen, das ist schizophren", wendet sich Beiratssprecherin Gabi Piontkowski in aller Schärfe gegen die Pläne der Senatskanzlei, das Ortsamtsgebäude in Borgfeld einer anderen Nutzung zuzuführen und die Geschäftsräume des Ortsamtes Borgfeld und seiner Mitarbeiter in den Stadtteil Horn zu verlegen. Die Senatskanzlei ist die für die Aufsicht über die Ortsämter zuständige Behörde und direkt Bürgermeister Jens Böhrnsen unterstellt.

Die Beiratssprecherin beruft sich dabei auch auf die vom Beirat verabschiedete Stellungnahme, in der fraktionsübergreifend eine Unterbringung des Ortsamtsbetriebs außerhalb des räumlichen Zuständigkeitsbereichs, also außerhalb von Borgfeld, abgelehnt wird. Diese wurde offiziell an Bürgermeister Jens Böhrnsen und Rainer Kammeyer von der Senatskanzlei übersandt.

Öffentlich will sich der Beirat in seiner nächsten Sitzung am 28. April mit dem Thema Ortsamts-Verlegung beschäftigen. Beginn ist um 19.30 Uhr in der Ernst-Klüver-Halle. Eingeladen werden Vertreter der Senatskanzlei und der Bürgermeister.

Die rot-grüne Regierung sei mit dem Ziel angetreten, die Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung zu erhöhen und die Beiräte zu stärken. Die jetzigen Pläne, das Ortsamt Borgfeld in den Stadtteil Horn zu verlegen, widersprächen in krasser Weise diesem selbst gesetzten Ziel, so Piontkowski. Borgfeld sei ein gewachsener Stadtteil mit einer dörflichen Struktur, auf die die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger stolz seien. Das Ortsamt sei ein Dorfmittelpunkt. Viele Bürger kämen direkt ins Ortsamt, um Anregungen zur Stadtteilpolitik vorzutragen.

Eine anderweitige Nutzung der Räumlichkeiten des Ortsamtes würde im übrigen auch das Ende der Polizeiaußenstation in Borgfeld bedeuten. Auch die beidem Kontaktpolizisten müssten dann nach Horn umziehen. Dies sei ein falsches Signal, sagte Piontkowski unter Hinweis auf die Debatte zur Jugendkriminalität, die im vergangenen Jahr im Stadtteil geführt wurde. „Borgfeld braucht eine bürgernahe Verwaltung und Polizei vor Ort", sagte die Beiratssprecherin.

Wie es nun weiter geht, dazu sagte gestern Ortsamtsleiter Neumann-Mahlkau: „Wir sind zwar der Senatskanzlei unterstellt, wir werden aber alles versuchen, sie davon zu überzeugen, von ihren Plänen abzurücken."

Der Beirat hat sich einstimmig gegen die Pläne der Senatskanzlei, das Ortsamtsgebäude einer anderen Nutzung zuzuführen und die Geschäftsräume des Ortsamtes Borgfeld und seiner Mitarbeiter in den Stadtteil Horn zu verlegen, ausgesprochen. FOTO: PETER HANUSCHKE